

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

175 (31.7.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Regispreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 30 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ansgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.— M. Die Restamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Am Rande des Abgrundes.

Die finanzielle Lage Deutschlands.

Berlin, 30. Juli. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die finanzielle Lage des Reiches zugehen lassen. Gegenüber den Schätzungen, die vor Jahresfrist gemacht wurden, stellt sich gegenwärtig der Finanzbedarf des Deutschen Reiches wesentlich größer und die finanzielle Lage Deutschlands damit erheblich schwieriger dar.

In der Denkschrift ist ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Reichsfinanzen von 1913 bis zur Gegenwart gegeben. Das Rechnungsjahr 1920 kann für die Reichsfinanzen, so heißt es in der Denkschrift, als das erste Friedensjahr seit 1913 angesehen werden. Dies ist nicht in dem Sinne zu verstehen, als ob eine hinreichende Stärkung und Sicherung unserer Finanzlage eingetreten sei. Das ist nicht der Fall. Die mannigfachen Verpflichtungen aus dem Kriege, dem Waffenstillstand und dem Friedensvertrag werden nicht nur alle zukünftigen Haushaltsmittel mit ungeheuren wiederkehrenden Ausgaben belasten, sondern werden auch zu einer weiter steigenden Verschuldung des Reiches führen müssen. Dazu kommt, daß die Abrechnung und Liquidation des Krieges noch Jahre hindurch sich hinzuziehen werden, und es werden sich auch in den nächsten Jahren noch zahlreiche Ausgaben auf Grund von Verpflichtungen des Reiches ergeben, die schon während des Krieges entstanden sind.

Die Gesamtschuld des Reiches belief sich am 30. Juni 1920 auf 215 Milliarden Mark, darunter waren 123,8 Milliarden Mark fällige Schuld. Allein der Monat Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Höhe von 11,5 Milliarden Mark auf. Die Entwicklung ist geradezu verhängnisvoll. Die Hauptursache der Schuldenmehrung im Monat Juni liegt in dem Bedarf der Heeresverwaltung; sie fordert an außerordentlichen Deckungsmitteln 1 Milliarde, die Eisenbahn an Zuschüssen 2 Milliarden und infolge der Verrechnung weitere 6 Milliarden.

Was notwendig ist, wenn wir zu gesunden finanzpolitischen Verhältnissen kommen wollen, das ist in erster Linie eine weitgehende Kürzung der tatsächlichen Lage unserer Finanzen. Dazu gehört Abkehr von der Kriegswirtschaft, die schon im Jahre 1919 abgebaut worden ist und die Rückkehr zu den alten Grundrissen jener gesunden Finanzwirtschaft, nach der Ausgaben für die einzelnen Zweige besonders auszuweisen und vorzuziehen und die nötigen Einzelmaßnahmen vorgenommen werden.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Übersicht: Die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern usw. sollen erbringen insgesamt 27,77 Milliarden Mark, darunter 2,9 Milliarden aus Steuern, die noch nicht bewilligt, und 3 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern. Der außerordentliche Haushalt sieht zu nächst 11,8 Milliarden Mark Ausgaben vor. Dazu kommen noch aus den Betriebsverwaltungen Fehlbeträge in Höhe von 12,9 Milliarden Mark, die sich auf 16 Milliarden Mark erhöhen. Die Gesamtansgabe des außerordentlichen Haushalts würde demnach 24,5 bis 27,4 Milliarden Mark betragen.

Die Denkschrift schließt: Aus diesen Ziffern spricht eine alarmierende Warnung an das Volk, den Ernst der Stunde, in der wir uns befinden, voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reiches vermieden wird. Es dreht sich um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den papierernen Reichtum klammert, so ist eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich; die Folgen einer solchen wären nicht auszubedenken.

Die finanzielle Auspressung Deutschlands.

Wie sie sich die Sache denken.

Paris, 30. Juli. Bertinac veröffentlicht im „Echo de Paris“ einen Artikel über die Verhandlungen in Sythe und Boulogne, aus dem folgendes bemerkenswert ist:

Um die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles bezüglich der Wiedergutmachung zu erreichen, werden die Alliierten versuchen, deutsche Anteile auf dem internationalen Geldmarkt unterzubringen, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

Die Wiedergutmachungskommission wird alle Anleihen und Finanzoperationen des deutschen Staates im Ausland überwachen. Das Ergebnis dieser Anleihen wird von Deutschland zur Zahlung der Wiedergutmachungssumme verwendet werden, ein Fünftel aber wird Deutschland zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse verwenden können. Als Garantie für diese Anleihen wird ein Depot deutscher Industrieerzeugnisse, die Einnahmen der deutschen Zollbehörden, die Zahlungen Deutschlands, die noch nicht definitiv an den einen oder anderen Alliierten überwiesen worden sind, usw. dienen, derenwegen in Artikel 218 des Vertrages von Versailles den Alliierten ein Privileg gewährt ist. In Artikel 248 handelt es sich um alle Einkünfte des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten.

Die alliierten Regierungen würden nun die Wiedergutmachungskommission ersuchen, die Höhe der Summe festzusetzen, die Deutschland an die Alliierten schuldet, sowohl die Gesamtsumme als auch die Mobschuld der Jahreszahlungen. Die alliierten Regierungen haben übereinstimmend eine feste Zahl unter sich vereinbart, unter der sie mit Deutschland kein Kammerverhältnis eingehen werden. Sie haben sich ferner auf 42 fällige Jahreszahlungen von je drei Milliarden Goldmark geeinigt, zu denen noch von 1926 ab 27 weitere Jahresraten kommen sollen, die sich halbjährlich von 4 zu 5 Jahren erhöhen. Die Summe, deren Zahlung auf diese Art und Weise festgesetzt ist, beläuft sich bis zu Jahre 1963 auf 270 Milliarden Franken. Um sich dieser Schuld zu entziehen, müßte Deutschland während des angezeigten Zeitraumes durchschnittlich jährlich 6 Milliarden abgeben.

Die türkische Friedensdelegation in Paris.

Paris, 30. Juli. Die türkische Friedensdelegation ist gestern abend in Paris eingetroffen und hat sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Sevres begeben.

Der Zusammenbruch Polens.

Erregung in Paris. — Kanonendonner aus der deutschen Grenze.

Berlin, 30. Juli. (Privattelegr.) In Paris scheint die Erregung aufs höchste gestiegen zu sein. Die gestrige Sitzung des Ministerrats war vollständig der polnischen Frage gewidmet. Alle Redner stimmten darin überein, daß der Zusammenbruch Polens ein nicht wieder gut zu machender Schlag für Frankreich bedeuten würde. Millerand erklärt, daß Ende Polens bedeute die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich. Der Ministerrat hat dann dem polnischen Vorschlag zugestimmt, jede Politik, die die Sowjets schonen könnte, zu unterlassen und eine große militärische Aktion Polens zu unternehmen, selbst wenn diese Aktion für die äußere oder innere Lage Frankreichs ungünstige Folgen haben könnte. Er habe darauf von dem Marschall Foch ausgearbeiteten Plänen, die die Landung des alliierten Expeditionskorps in Obeßa vorsehe, Kenntnis genommen. Man warte nur noch auf die Antwort der englischen und italienischen Regierung, um definitive militärische Maßnahmen zu ergreifen.

In Opreuhen befechtigt man, daß die Alliierten das Abstimmungsgebiet als Operationsbasis gegen Sowjet-Rußland benutzen wollen. Nach weiteren Nachrichten werden die Entente-Truppen sämtlich in Allenstein versammelt und scheinen jedes Zusammenstoßen mit den Bolschewiken vermeiden zu wollen. Der Kanonendonner von der polnischen Front ist an vielen Stellen der ostpreussischen Grenze zu hören. Nach Königsberger Telegrammen ist der Zusammenbruch der polnischen Nordarmee vollzogen. Der Weg nach Warschau steht den Russen offen. Die Entschuldigungsaktion wird also im Rahmen von Lomza zu erwarten sein. Bei Mobschuld vor Lomza ist bereits seit heute früh zwischen dem Rest des polnischen Nordheeres und der ihn umklammernden russischen Kavallerie ein Kampf im Gange.

Russischer Bericht.

Moskau, 30. Juli. Agence Havas veröffentlicht folgenden Bericht aus Moskau mit dem Datum vom 29. Juli: Wir haben die Meldung Ostowicki eingenommen und Befragene gemacht. Im Gebiete von Bialystok haben unsere Truppen verschiedene Eisenbahnhaltungen genommen. Der Feind leistete schändlichen Widerstand. In der Gegend von Lomza hat er sich zu einem Gefecht. Wir haben den Feind überfallen.

Polnischer Generalstabsbericht.

Moskau, 30. Juli. Generalstabsbericht vom 29. Juli: Auf dem Nordflügel unserer Nordfront drang der Feind in Ostowick ein. Ein Gegenangriff zur Wiedergewinnung der Linie Grajewo und Ostowick ist im Gange. Südlich von Bialystok und westlich von Mielomiec Hebe bestanden wir allmählich die planmäßig vorbereiteten Stellungen im Süden. Unsere Abteilungen in der Gegend von Mobschuld haben die britische Armee des Feindes angegriffen. Am 29. Juli ist die Lage unverändert.

Polnische Truppenteile über die deutsche Grenze gedrängt.

Wie die „Vollische Zeitung“ aus Marienburg meldet, haben abgetrennte polnische Truppen in Stärke von 2000 Mann und 40 Offizieren bei Proskel die Grenze überschritten. Es schweben Verhandlungen über ihre Entlassung. Die übergetretenen Truppen sollen in das Lager Arns übergeführt werden. Die russischen Vorposten freiten an der ostpreussischen Grenze entlang, ohne die Grenze zu überschreiten.

Lemberg geräumt.

Warschau, 30. Juli. Die Räumung Lembergs von den Banken, Depots und wichtigen Staatskassen ist bereits durchgeführt. Die Behörden sind allerdings noch in Lemberg geblieben. Die Russen stehen auf unbestrittenem polnischem Territorium.

Das Kohlenabkommen in Spa genehmigt.

Paris, 30. Juli. Die Kammer hat mit 393 gegen 83 Stimmen den Gesetzesentwurf der Regierung, der die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa vorseht, angenommen. Damit sind auch die von der französischen Regierung an Deutschland zu leistenden Vorkasse für die Bezahlung von Nahrungsmitteln bewilligt worden.

Kartellvertrag von Bergarbeiterverbänden.

Saarbrücken, 30. Juli. Der Bezirk Saarrevier des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (sogen. alter Verband) und der Verband der Bergarbeiter Lothringens haben einen Kartellvertrag abgeschlossen, der bezweckt, eine enge Verbindung zwischen den beiden Organisationen herzustellen, indem sich die beiden Verbände fortlaufend über alle Ereignisse in ihrem Gebiet unterrichten, sowie einander hilfsbereit bestreben, soweit dies nach den freierwerblichen Prinzipien und nach ihren Statuten möglich ist. In § 4 des Vertrags heißt es: Der Verband der Bergarbeiter Lothringens verpflichtet sich, da er in der französischen Arbeiterpresse und im französischen Parlament Einfluß besitzt, noch bestem Können die beruflichen Interessen der Saarbergarbeiter gemäß den internationalen Grundsätzen mit zu vertreten.

Internationale Bergarbeiterkonferenz.

Einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Genf zufolge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkonferenz bisher 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, ein Desterreicher und ein Ungar angemeldet. Auf der Tagesordnung steht die von den Engländern vorgeschlagene Rationalisierung der Bergwerke in allen Staaten und die zwei deutschen Vorschläge, nämlich internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Sechstundentags.

Spa, die Reichsregierung und das Parlament.

G. Sch. Herr Lloyd George hatte im englischen Unterhaus die Vermutung ausgesprochen, daß das Kabinett Fehrenbach im Reichstage wegen des Ergebnisses der Konferenz in Spa keinen leichten Stand haben werde. In sachlicher Beziehung erwies sich die Vermutung des englischen Premiers als unbegründet, dagegen sind die Debatten über Spa dem Kabinett Fehrenbach nicht förderlich gewesen. Woran auch die Tatsache nichts ändert, daß eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung nur die Ablehnung durch die Deutschnationalen und die Unabhängigen gefunden hat, das deutschnationale Misstrauensvotum sogar von den Unabhängigen abgelehnt worden ist.

Was sollte die Regierung in Spa anders tun, als sich in das Diktat der Sieger fügen? Nachdem wir den Frieden von Versailles unterschrieben haben, war die Haltung in Spa die unvermeidliche Konsequenz. Wenn Herr Fehrenbach in seiner Rede vor Spa seinen rhetorischen Schwung mehr gezügelt hätte, wäre es natürlich besser gewesen. Das wird er inzwischen eingesehen haben, wie ihm auch in Spa die Erkenntnis gekommen sein dürfte, daß man mit stimmungsvollen süddeutschen sentimentalen Anwandlungen vergeblich gegen Lloyd Georges festen Willen anrennt. Der Verweigerung der Unterschrift in Spa wäre auf dem Fuße der Vermarsch ins Ruhrgebiet gefolgt, Deutschlands Zerfall vermutlich dann unvermeidlich gewesen. Die Entente würde — und da stimmen wir Herrn Fehrenbach durchaus zu — die einzelnen deutschen Länder verschieden behandelt haben. Dafür hätten schon die Franzosen gesorgt, deren eigentliches Ziel immer noch die Bereinigung Deutschlands ist. Mögen sich die Herren Franzosen heute noch so sehr als die Sieger fühlen, die innere nogende Angst vor einem wiedererstarkenden Deutschland werden sie nicht los. Sie fürchten ein rasches militärisches Wiedererstarken Deutschlands, darum sind sie in der Entwaffnungsfrage unbeeugsam. Und die Franzosen, die mehr mit wirtschaftlich geübten Augen in die Zukunft blicken, fürchten den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Sie wissen, daß wir arbeiten können, wenn die Unordnung und die politische Verblöndung bei uns nicht mehr forciert, und sie wissen ferner, daß die Not uns noch erfindlicher machen und uns noch mehr anspornen wird, bald wieder ein erträgliches Leben führen zu können. Und das fürchten sie, zumal einsichtige Franzosen in eigenen Lande keine, oder nur spärliche Merkmale zu erblicken vermögen, die für Frankreich ähnliches erhoffen lassen. Hieraus ist auch die Brutalität zu verstehen, die die Franzosen bei ihren Kohlenforderungen an den Tag legen. Gewiß müssen wir, ob Sieger oder Besiegte, Frankreich für die sinnlos zerstörten Kohlenruben Ersatz schaffen. Aber die Franzosen verlangen mehr und erhalten auch mehr, als sie brauchen. Mit dem Uebermaß treiben sie nach neutralen Ländern einen skandalösen Kohlenwucher. Und die stille Hoffnung ist, Deutschlands Wirtschaft durch die raffiniert und systematisch herbeigeführte Kohlennot am Lebensnerv zu treffen, dadurch das Reich schließlich mit aus den Fugen zu treiben.

Die Durchführung des Abkommens von Spa heißt, daß wir die deutsche Industrie mit etwa 800 000 bis 1 000 000 Tonnen Kohlen weniger beliefern können als unumgänglich notwendig ist. Wie wir dieser ungeheuren Schwierigkeit Herr zu werden vermögen, ist zur Stunde wohl allen noch sehr unklar. Es wird verucht werden — hoffentlich gelingt es auch —, die immer rapider einsetzende Arbeitslosigkeit bildet eine Gefahr in der nächsten Zeit, deren Größe und Schwere anscheinend noch nicht abgemessen ist erkannt ist und gewürdigt wird. Die Regierung aber zu schmählich, die in Versailles und in Spa trotzdem unterzeichnet hat, ist ein Unrecht. Ich gehöre zu den sozialdemokratischen Abgeordneten, die es in Weimar nicht über sich bringen konnten, dem Friedensvertrag zuzustimmen, weil wir die Ungeuerlichkeit des Vertrags und besonders seine Konsequenzen fürchteten. Aber die Unterzeichnung entsprach damals unstreitig der Auffassung und dem Wunsche des größten Teils des deutschen Volkes, vornehmlich dem Wunsche der tiefkriegsmüden und vom Kriegselend so hart mitgenommenen Arbeiterklasse. Und speziell in Südwestdeutschland drängte man förmlich zur Unterzeichnung. Grund: Der befürchtete Einmarsch der Entente. Gatten wir in Versailles ja gesagt, konnten wir in Spa, zumal noch bei etwas gemilderten Bedingungen, unmöglich Nein sagen. Und wenn die Deutschnationalen am Mittwoch im Reichstage mit dem Gedanken einer allgemeinen Volkserhebung viel zu tun ist das eben so lächerlich wie verdröckert. Diese Herrschaften würden sich wundern, wenn sie an die Volksmassen im Sinne einer allgemeinen Erhebung gegen die Ententegewalt appellieren wollten. Die zu einer allgemeinen Erhebung erforderliche suggestive Kraft könnte m. E. nur der — Bolschewismus aufbringen nachdem er äußere Vorgänge und wirtschaftliche Katastrophen im Innern den Boden dazu bereitet hätten. Aber daß unter der Führung deutscher Generale, Junker und ähnlicher Herrschaften, die Massen Kopf und Krallen riskieren würden, ist zu blödsinnig, als daß es außer in deutschnationalen Gehirnern noch in anderen Ge-

birney spüren könnte. Die Reichsregierung hat also in Spa den ihr von der Entwicklung vorgezeichneten Weg weiter beschritten. Ob sie im einzelnen in Spa Besseres für uns herausbringen konnte, darf strittig sein. Herr Fehrenbach und sein Kabinett konnte aber getrost dem Urteil des Reichstags entgegengehen.

Dem aufmerksamen Beobachter sind bereits während der Verhandlungen in Spa die erheblichen Schwächen des Kabinetts Fehrenbach nicht entgangen. Sein schwächster und heute bereits blamabelster Punkt ist der Reichswehrminister Gehler; ein Mann, der durch seine trostlose Unfähigkeit und durch seine jämmerliche Untergebenheit gegen die Militär eine schwere Gefahr geworden ist. Solch eine traurige Figur, wie Herr Gehler, hat wohl kaum jemals in einem Großstaate an der Spitze des Heeres gestanden. Worüber noch eingehend zu sprechen sein wird.

Aber auch Herr Simons, der durch seine Tätigkeit in Spa sich nicht geringe Sympathien in weiten Kreisen erworben hatte, ist ein sehr schwacher Punkt im Kabinett Fehrenbach. Gewiß, Herr Simons verfügt über die handwerksmäßige diplomatische Routine und hat sogar eigene Gedanken. Ja noch mehr: er brachte am Montag im Reichstage den Mut — oder war es nur momentane Stimmung — auf, eigene Gedanken zu entwickeln und — das Entsetzen bei der Rechten war erklärlich — objektiv über Sowjet-Rußland und die Volkswirtschaft zu urteilen. Einmal im Zuge, übte er auch an bestimmten lässigen Geblogenheiten von Reichswehrformationen Kritik, wie auch an polizeilichen und gerichtlichen Organen. Das war viel, für einen auf der deutschen bürokratischen Leiter emporgestiegenen bürgerlichen Minister sogar sehr viel. Was Wunder, wenn im ersten Augenblick die Deutschnationalen gleich den Unabhängigen auch erstaunt waren. Herr Fehrenbach sah unterdessen unbeweglich auf dem Kanzlerstuhl. Alle auf ihn gerichteten Augen vermochten keine äußeren Merkmale des Mut zu entdecken, wie er Herr Simons Offenherzigkeiten aufnahm. Man weiß, Herr Fehrenbach liebt gelegentlich ein deutliches und kräftiges Weiklein, und preussische Militär- und Justizmethoden haben ihn noch nie entzückt. Ob er aber gleich auch gemerkt hat, daß die Worte des Herrn Simons keine in das ohnehin nicht allzu feste Kabinett treiben, darüber streitet man sich unter bemosten parlamentarischen Höflichkeit. Aber es war schon so. Auf Herrn Gehler drangen seine Offiziere ein, auch andere Götter am Regierungshimmel waren aufgeregt und blickten etwas ängstlich nach der rechten Seite des Saales, wo der Chor der Rechten und der Eisenfronten saß.

Die deutschnationale Presse schraubte vor Mut — die unabhängige „Freiheit“ aber wand, wenn auch nicht mit zarten Händen, Herrn Simons ein Kränzlein ums Haupt. Ich konnte mir nicht helfen: im Geiste sah ich neben Herrn Simons Herr v. Kühlmann stehen, auch ein deutscher Außenminister. Ich sah ihn, wie er bei seiner ersten Rede im Hauptauschuß alle Welt durch diese Worte erglöhete: „Zu Hause habe ich einen Kupferstich von Dürer hängen. Da reitet der Reiter zwischen Tod und Teufel. Diesen Reiter habe ich mir zum Vorbild genommen.“ Bravo, bravo! Vom „Berliner Tageblatt“ und von der „Frankfurter Zeitung“ bis zu Medenkow und der „Kreuzzeitung“. Wie traurig ist Herr Kühlmann aus dem Sattel gesprungen, wie jämmerlich ist er geritten!

Am Montag beherrschte Herr Simons im Reichstage die Situation; seine Rede löste starke Wirkungen aus. Und dann — vierundzwanzig Stunden später! Da stammelte der Herr Außenminister Entschuldigungen und rebete von Mißverständnissen. Wo: sicher ein ganz braver Beamter, ein wahrscheinlich recht brauchbarer diplomatischer Handwerker, ein Mann, dem die dumpe und muffige Luft in deutschen Amtsstuben nicht alle geistige Elastizität ertötet hat, ein Mann von sicher ehrlichem Willen, aber kein Kerl, der auch den Mut und die Kraft hat, zu seinen Worten unbeugsam zu stehen. Wenn ein Minister, der ein so wichtiges Amt inne hat, bei dem es, mehr als bei jedem anderen Amte, darauf ankommt, die Worte abzuwägen, dann aber, wenn sie gesprochen sind, auch zu ihnen zu stehen, einen solch kläglichen Rückzug anzutreten, ist er erledigt. Was nützen diesem deutschen Außenminister jetzt noch seine höflichen und freundschaftlichen Worte nach Paris, London und Moskau? Worte, die doch dem Zweck und Ziele dienen wollten, Mißtrauen im Ausland hinwegzuräumen, Vertrauen zu ihm, dem Leiter

der deutschen auswärtigen Politik, zu gewinnen? Wie wird Lloyd George höhnisch gelächelt haben, als er von der Rückzugsbilanz seines Worters von Spa hörte!

Der Mut im Kabinett Fehrenbach ist momentan nur notdürftig vorliegend — Herr Simons hat sich geopfert. Wer wird sein Nachfolger sein? Und wer wird das Kabinett Fehrenbach ablösen? Nicht sogleich, die allgemeine Situation erfordert, daß es derweil noch bleibt. Die Affäre Simons hat es noch überstanden. Ob es aber auch die kommende Affäre Gehler übersteht wird? Und Gehler muß fallen — so oder so! Herr Fehrenbach wird wenig angenehme parlamentarische Ferien erleben.

Umorganisation der Kohlenwirtschaft.

Schlimme Aussichten für den Winter.

Berlin 29. Juli. Der Reichskohlenrat ist heute nachmittag zusammengetreten, um zu dem Abkommen von Spa Stellung zu nehmen. Der Reichskohlenrat, Kommerzienrat Stuk, erläuterte die Notwendigkeit einer Umorganisation der Kohlenwirtschaft. Die Entente hat im Mai ds. J. 1.097.000 Tonnen Kohlen, im Juni 1.087.000 Tonnen erhalten und muß über diese Zahlen hinaus noch 900.000 Tonnen erhalten.

Wir müssen also für die Kohlenförderung einen neuen Förderungsplan aufstellen, um die Mehrerzeugnisse zu beseitigen. Ich habe für den Monat August bereits einen Förderungsplan aufgestellt und ihn heute mit den Vertretern der Entente durchgesprochen. Ich hoffe, daß unser Plan von der Entente angenommen wird. Die Eisenbahnen können jetzt nur noch ihren dringendsten Bedarf erhalten und für die Kohlenversorgung im Norden des Reichs betragt für die Eisenbahnen nur die Hälfte der Vorkriegszeit. Wo sich hier noch Ersparnisse machen lassen, sollen sie der Industrie zugute kommen. Die Kohlenkleinverbraucher können nur noch die Menge wie im Mai erhalten. Außerdem müssen hier 100.000 Tonnen Steinkohlen erspart werden. Der Hausbrand kann nur zu 55 Proz. beliefert werden, die Gewerke können nur noch 70 Proz. der Vorkriegszeit erhalten. In der Vorkriegszeit wurden die Elektrizitätswerke in der Vorkriegszeit beschränkt werden. Fast die ganzen Ersparnisse, zu denen wir gelangen sind, müssen von der Industrie und den Kleinverbraucher getragen werden. Die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau liegen günstiger.

Unsere erste Forderung ist nun, daß sich die Industrie und auch der Hausbrand auf die Feuerung mit Kohrbraunkohle umstellen. Man muß allerdings im Augenblick zu großen Hoffnungen an die Braunkohlenförderung. Man muß bei dem Bestand der Braunkohle mit den damit verbundenen Transportchwierigkeiten rechnen. Ich werde überall da, wo ausreichende Versorgung mit Torf und Holz möglich ist, die Kohlenförderung sperren lassen. Zur Verbesserung der Wärmewirtschaft werde ich mich mit dem Dampfsektorenverein in Verbindung setzen, der in seinem Bereich alle Feuerungsanlagen zu kontrollieren hat. Betriebe, die Gasöfen und Mittel wie etwa in der Kriegszeit hergestellt, werden nicht mehr beliefert, auch Betriebe, in denen Luxusgegenstände gefertigt werden, müssen geschlossen werden.

Der Kohlenverbrauch in den Großstädten wird eine stärkere Einschränkung erfahren müssen. So hat vor allem Berlin eine viel zu ausgedehnte Polizeistunde und infolgedessen einen zu großen Lichtverbrauch. Der Eindruck den Berlin nach außen ganz besonders auf die Entente macht ist schlecht. Er hat wesentlich dazu beigetragen daß wir in Spa so hoch genommen worden sind.

Der Kohlenhandel muß zu Leibe gegangen werden. Allerdings werden hier die Gerüchte stark übertrieben. Ob es trotz aller Maßnahmen möglich sein wird, die Kohlenabgabe an die Entente für unser Wirtschaftsleben erträglich zu gestalten, muß abgewartet werden.

Generaldirektor Künzinger ging in längeren Ausführungen auf die Organisation der Kohlenverteilung ein. Der allgemeine Wunsch nach Dezentralisation der Kohlenverteilung konnte reichlich paß. In den letzten Jahren habe man einen wahren Kampf gegen alle Behörden und Unternehmungen führen müssen, die da glaubten, daß alles von Berlin zu behandeln sei. Jetzt habe der Reichskohlenrat die Zentralisierung nur noch auf die Ernährungs- und Schiffsindustrie beschränkt. Das Schwerkriegs- und Schiffsindustrie der Tätigkeit der Außenorganisation in den amtlichen Verteilungstellen, dem Kohlenhandel und den Kohlenwirtschaftlichen Stellen als Vertreter der Verbraucherschaft.

In der Aussprache meinte Vargarbeiter Köster, die Kohlenlieferungen trafe man vor allem in den Kreisen der Kohlenhändler, welche bei der Belieferung der Konsumenten das Kohlengewicht fälschten.

Gewerkschaftssekretär Sachse behauptet, daß in Mitteldeutschland zahlreiche Bräunfabriken lahm gelegt seien weil die Industrie an der Kohrbraunkohle mehr verdiene als an der Braunkohle. Die Kohrbraunkohle lasse sich als Hausbrand nicht verwenden.

Der Direktor der Siemens Schudert-Werke Kaller trat der Auffassung des Kohlenkommissars entgegen, daß die Braunkohle ohne weiteres unter bestehenden Steinkohlenampfen verarbeitet werden könne.

Als letzter Redner nahm Staatssekretär Dirck das Wort. Notwendig sei, daß die Entente ihre Forderung wirklich einhalte, daß die Lieferung von oberflächlichen Kohlen erfolgt und daß die Entente auch zu einer Finanzbeihilfe bereit sei. Die gesamte Braunkohlewirtschaft muß nach territorialen Gesichtspunkten umgestaltet werden. An der Verteilung der Kohle müssen Vertreter der Arbeiterschaft teilnehmen. Wir wollen nicht allein die Befähigung der Behörden wahren lassen, sondern wir wollen, daß aus diesen Kreisen der Sachverständigen eine Kommission gebildet wird, die uns bei unserer schweren Arbeit unterstützt.

An die Sitzung schloß sich eine nicht öffentliche Beratung des Reichskohlenverbandes und des Ausschusses des Reichskohlenrates an. Berlin, 29. Juli. Im Anschluß an die heutige öffentliche Sitzung des Reichskohlenrates fand eine Tagung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates statt, die insbesondere über den Antrag auf eine am 1. August beginnende Kohlenpreiserhöhung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbündnis von 25 M. per Tonne aus schließlich Kohlensteuer Beschluß fassen sollte. Diese 25 M. setzen sich aus folgenden drei Posten zusammen: 1. 14 M. für die Verfrachtung des Heimstättenbaues; 2. 9 M. zur Übernahme der seit Juni an Stelle einer Rohabgabe vom Reich kreditierte bezugeneben 4 1/2 M. für Lebensmittelpreise; 3. 180 M. bzw. 2 M. zur Rückzahlung der schon aus gegebenen Beträge an das Reich.

Staatssekretär Dr. Dirck teilte dazu mit, daß sich das Kabinett mit der Frage beschäftigt habe und zu folgendem Ergebnis gekommen sei: Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in letzter Zeit liegen eine Kohlenpreiserhöhung nicht zu. Wird sie beschlossen, so ist gegen diesen Beschluß der gesetzliche Einspruch zu erheben. An dessen Erklärte sich die Reichsregierung bereit, für Bergarbeiter-Heimstätten 300 Millionen Mark im Wege des Kredits bereit zu stellen und auf die Rückzahlung der oben zu Punkt 3 genannten Beträge zu verzichten. Die verbleibenden 9 M. des Antrages würden die Reichen am 1. August selbst ohne Preisverhöhung tragen können aus drei Gründen:

1. Weil die Materialpreise in den letzten Monaten stark gesunken seien und sich dadurch die Selbstkosten erniedrigt würden;
2. weil die Förderung feige und dadurch auch die Selbstkosten sinken und
3. weil die Rechen bisher schon gute Gewinne an Nebenbetrieben erzielt hätten.

Nach eingehender Aussprache wurde angenommen, daß die Preisverhöhung zu Punkt 3 über 2 M. durch das Angebot der Regierung hinfällig sei. Ein Antrag, nur 25 M. per Tonne Preisverhöhung zu beschließen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag angeht die des Angebots des Heimstättenkredits, nur noch die verbleibenden 9 M. Preisverhöhung zu fordern, fand keine Aufnahme.

Staatssekretär Dr. Dirck legte hiergegen im Auftrag der Reichsregierung Einspruch ein. Es wurde ein kleinerer Auschuß aus Arbeitgeber, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergarbeitervereine morgen vorlegen soll. Schließlich fanden noch Verhandlungen statt die auf eine Ermäßigung der Braunkohlen hingingen. Diese Verhandlungen dauern noch an.

Die Preisverhöhung zu Punkt 3 über 2 M. durch das Angebot der Regierung hinfällig sei. Ein Antrag, nur 25 M. per Tonne Preisverhöhung zu beschließen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag angeht die des Angebots des Heimstättenkredits, nur noch die verbleibenden 9 M. Preisverhöhung zu fordern, fand keine Aufnahme.

Staatssekretär Dr. Dirck legte hiergegen im Auftrag der Reichsregierung Einspruch ein. Es wurde ein kleinerer Auschuß aus Arbeitgeber, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergarbeitervereine morgen vorlegen soll. Schließlich fanden noch Verhandlungen statt die auf eine Ermäßigung der Braunkohlen hingingen. Diese Verhandlungen dauern noch an.

Politische Uebersicht.

Kappistenbegnadigung und Revolutionsrat.

Die „Vorwärts“ meldet, wurde der Kappmeister Oberleutnant von Ludow, der im dringenden Verbot steht, einen unabhängigen Redakteur ermordet zu haben, wegen der ungenügenden Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen, nachdem es erst vor einigen Wochen der Sicherheitspolizei in Berlin mit vieler Mühe gelungen war, ihn festzunehmen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu: „Wir können uns nicht erinnern, daß die gleiche menschliche Rücksicht auf ihr gesundheitliches Befinden gegenüber verhafteten Linksrevolutionären genommen worden wäre und niemand wird wohl erlauben, wenn Herr von Ludow seinen Führern Kapp und Wittig nächstens Gesellschaft leistet: „Aufenthaltsort unbekannt“.

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

Auf einer Uferhöhe der Ostsee liegt hart am Wasser hingelagert eine kleine Stadt, deren stumpfer Turm schon über ein halbjahrtausend auf das Meer hinausschaut. Ein paar Stabellängen vom Lande streckt sich querüber ein schmales Eiland, das sie dort den „Warder“ nennen, von wo aus im Frühling unablässiges Geklärr der Strand- und Wasservogel nach der Stadt herüberklingt. Bei hellem Wetter tauchen auch wohl drüber auf der Insel, welche das jenseitige Ufer des Sundes bildet, rotbraune Dächer und die Spitze eines Turmes auf, und wenn die Abenddämmerung das Bild verflücht hat, entzündet dort zwei Leuchttürme ihre Feuer und werfen über die dunkle See einen Schimmer nach dem diesseitigen Strand herüber. Gleichwohl wer als Fremder durch die auf- und absteigenden Straßen der Stadt wandert, wo die und da roh gepflasterte Stufen über die Vorstraße zu den kleinen Häusern führen, wird sich des Eindrucks abgeklärter Einsamkeit wohl kaum erwehren können, zumal wenn er von der Landseite über die langgestreckte Hügelkette hier herabgekommen ist. In einem Vorkellergasse auf dem Markte hing noch vor kurzem, wie seit Jahrhunderten, die sogenannte Bürgerglocke; um zehn Uhr abends, sobald es vom Kirchturm geschlagen hatte, wurde auch dort geläutet, und wehte dem Gefinde oder auch dem Hausknecht, der diesem Ruf nicht Folge leistete; denn gleich darauf konnte man strahab und auf sich alle Schlüssel in den Haustüren drehen hören.

Aber in der kleinen Stadt leben tüchtige Menschen, alte Bürgergeschlechter, unabhängig von dem Gelde und den Einfluß der umwohnenden großen Grundbesitzer; ein kleines Patriziat ist aus ihnen erwachsen, dessen stattlichere Wohnungen, mit breiten Weischlägen hinter mächtig schattenden Linden, mitunter die niedrigen Häuserreihen unterbrechen. Aber auch aus diesen Familien mußten bis vor dem letzten Jahrzehnt die Söhne den Weg gehen, auf wel-

chem Eltern und Vorfahren zur Wohlhabenheit und bürgerlichen Geltung gelangt waren; nur wenige ergaben sich den Wissenschaften, und kaum war unter den derzeit noch studierten Bürgermeistern jemals ein Eingeborener dazugekommen; wenn aber bei den jährlichen Prüfungen in der Rektoratskammer der Propst den einen oder anderen von den Knaben fragte: „Mein Junge, was willst du werden“, dann richtete der sich stolz von seiner Bank empor, der mit der Antwort: „Schiff“ heraustratmen durfte. Schiffsjunge, Kapitän auf einem Familien-, auf einem eigenen Schiffe, dann mit etwa vierzig Jahren Reeder und bald Senator in der Vaterstadt, so lautete der Stufengang der bürgerlichen Ehren.

Auf dem Chor der von einem Landesherzog im dreizehnten Jahrhundert erbauten Kirche befand sich der geräumige Schifferstuhl für den Abendgottesdienst mit stattlichen Metallleuchtern an den Wänden prangend, durch das an der Decke schwebende Modell eines Warfschiffes in vollem Takelwerke fennlich. Auf diesen Raum hatte jeder Bürger ein Recht, welcher das Steuermanseramen gemacht hatte und ein eigenes Schiff besaß; aber auch die schon in die Kaufmannschaft Uebergetretenen, die ersten Reeder der Stadt, saßen, während unten in der Kirche ihre Frauen saßen, hier oben unter den anderen Kapitänen ihren Gottesdienst; denn sie waren noch immer und vor allem meerbefahrene Leute, und das kleine schwebende Warfschiff war hier ihre Hausmarke.

Es ist begreiflich, daß auch manchen jungen Matrosen oder Steuermann aus dem kleinen Bürgerstande beim Eintritt in die Kirche statt der Andacht ein ehrgeiziges Verlangen anfiel, sich auch einmal den Platz dort oben zu erwerben und daß er trotz der eindringlichen Predigt dann statt mit gottseligen Gedanken, mit ertreten weltlichen Entschlüssen in sein Quartier oder auf sein Schiff zurückkehrte.

Zu diesen strebsamen Leuten gehörte Hans Kirch. Mit unermüdlichem Eifer und Sparen hatte er sich vom Schiffsjunge zum Schiffseigentümer hinaufgearbeitet; freilich

war es nur eine kleine Yacht, zu der seine Mittel gereicht hatten, aber rafflos und in den Winter hinein, wenn schon alle anderen Schiffer daheim hinter ihrem Ofen saßen, fuhr er mit seiner Yacht die Ostsee, und nicht nur Frachtschiffe für andere, bald auch für eigene Rechnung brachte er die Erzeugnisse der Umgegend, Korn und Wehl, noch den größeren und kleineren Küstenschiffen; erst wenn bereits an den Vudten das Wasser fest zu werden drohte, band er sein Schiff an den Frost und sah beim Sonntagsgottesdienste drohen im Schifferstuhl unter den Honoratioren seiner Vaterstadt. Aber lang vor Frühlingssankt war er wieder auf seinem Schiffe; an allen Ostseeplätzen kannte man den kleinen, bageren Mann in der blauen schlotternden Schifferjacke, mit dem gekrümmten Rücken und dem vornüberhängenden dunkelhaarigen Kopfe; überall wurde er aufgehalten und angerebet, aber er gab nur kurze Antworten er hatte keine Zeit; in einem Tritte, als ob er an der Fallreestreppe hinaufkame, sah man ihn eilfertig durch die Gassen wandern. Und diese Raschlosigkeit trug ihre Früchte; bald wurde zu dem aus der väterlichen Erbschaft übernommenen Kaufe ein Stück Weizenland erworben, genügend für die Sommer- und Winterfütterung zweier Kühe; denn während das Schiff zu Wasser, sollten diese Leute zu Lande die Wirtschaft vorwärts bringen. Eine Frau hatte Hans Kirch sich im Stillen vor ein paar Jahren schon genommen; zu der Köchere, welche diese bisher betrieb, kam nun noch eine Milchwirtschaft; auch ein paar Schweine konnten jetzt gemästet werden, um das Schiff auf seinen Sandelsfahrten zu verproviantieren; und da die Frau, welche er im Widerstreit mit seinem sonstigen Tun aus einem armen Schullehrerhause heimgeführt hatte, nur seinen Willen kannte und überdies aus Furcht vor dem bekannten Jähorn ihres Mannes sich das Brot am Mund sparte, so pflegte dieser bei jeder Heimkehr auch zu Hause einen hübschen Gaulein Knecht vorzufinden.

(Fortsetzung folgt.)

Jean Jaurès und der aufbauende Sozialismus.

Von E. Grünbaum-Karlruhe.

Seit vor 6 Jahren wurde Jean Jaurès, der große französische Sozialist und pazifistische Staatsmann ermordet. Die Anerkennung seiner Bedeutung ist in so hohem Maße eine Selbstverständlichkeit geworden, daß man für ihn wie für alle Großen der Menschheit nur wünschen muß, er möge weniger erhoben und fleißiger gelesen werden.

Gleich groß als Redner und Massenführer wie als Politiker und Pazifist, hat sich der am 31. Juli 1914 ermordete Jean Jaurès einen nicht minder großen Namen als Schriftsteller geschaffen, der in seinen Worten sowohl Banntrichter wie Organisationsmittel der sozialistischen Bewegung war. Gegenüber den großen bahnbrechenden Kritikern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist es hierbei vor allem ein Verdienst, die aufbauende Wege zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu weisen, die er mit friedlichen Mitteln, wie sie sich organisch aus der Entwicklung des Kapitalismus ergeben, zu begeben suchte. Diese Marschlinie verbindet ihn mit den v. Vollmar-Bernstein-Kraut in Deutschland, den Ramsay-Macdonald, Keir Hardie in England, während er von Karl Marx, dem er die Verbindung des sozialistischen Gedankens mit dem Proletariat als „das entscheidende Verdienst“ nachräumt, die Forderung auf Aufhebung der Klassenunterschiede durch Übertragung des Besitzes der Lebens- und Produktionsmittel an die „Allgemeine Genossenschaft der vereinigten Bürger“ übernimmt. Gleich Karl Marx vertritt er sich im der Sozialismus durch die Übernahme des Proletariats, das sich mit ihm verbindet. „So „bedeutend und inhaltreich“ diese Antwort auch ist, sie „genügt nicht mehr“, denn „in dem Maße, wie sich die proletarische Macht vergrößert, vergrößert sie sich in bestimmten Formen: dem allgemeinen Wahlrecht, der Genossenschaft, der Genossenschaft und in den verschiedenen Formen der öffentlichen Macht und des demokratischen Staates“ als Träger des neuen Staatsgedankens mit dem Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes im Hintergrund.

Weiteres vom Bergwerk, von der Fabrik Besitz ergreifen läßt, da sie damit nur „einen Reichtum vor sich haben, denn das Bergwerk, die Fabrik sind nur tote Körper, wenn die ökonomische Zirkulation und die Produktion eingestellt sind“. Die Lokomotiven anhalten, die Schiffe unbeweglich machen, den Maschinen die Kassen verjagen, — das heißt: an die Stelle des einheitlichen und allgemeinen Lebens der Nation das zerstückte Leben unglücklicher örtlicher Gruppen setzen“. Deshalb muß sich der Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat und Wirtschaft organisch verstärken:

Beim Budget müssen durch den Einfluß der Demokratie und des Proletariats die Klassenausgaben nach Möglichkeit eingeschränkt werden, die Ausgaben zum gemeinschaftlichen Nutzen erhöht und ein immer größerer Teil der öffentlichen Einnahmen zur Befreiung der Arbeiterklasse verwendet werden. Was wird die bereits begonnene soziale Revolution machen, wenn sie am Ende ihrer Entwicklung angelangt sein wird? Sie wird ohne Zweifel eine ganz neue Eigentumsordnung schaffen: an Stelle des bürgerlichen und kapitalistischen Eigentums, wird sie das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln setzen. Aber in Hinsicht auf die expropriierten Individuen kann es sich sehr wohl nur um eine Veränderung der Eigentumsform handeln. Nichts hindert uns anzunehmen, daß die heutigen Besitzer des Eigentums beispielsweise für eine bestimmte Periode eine Anweisung auf die Erzeugnisse der kollektiven Produktion erhalten. Wenn erst die kapitalistischen Anlagen, Bergwerke und Eisenbahnen verstaatlicht sind, wird die Arbeiterklasse ein großes Interesse daran haben, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in diesen Betrieben dem Staat bei der Verwaltung und der Kontrolle der neuen öffentlichen Dienste beigeordnet werden. Sie wird ein großes Interesse daran haben, zu verlangen, daß „in Teil der Aktien bei jedem Unternehmen rechtmäßig dem Arbeiterorganisationen reserviert werde, damit endlich nach und nach das Proletariat bis zum Zentrum der kapitalistischen Macht vorrücken und damit aus der alten die neue Gesellschaft erheben möge mit jener unüberwindlichen Macht, revolutionärer Evolution“ von der Marx gesprochen hat. Es wird notwendig sein, daß die Arbeiterklasse als Gesamtheit in den Verwaltungsräten der Aktiengesellschaften und bei der Festsetzung der Dividende durch ihre Verbände aller Grade vertreten wird. Dann wird der Weg gebahnt sein, der etappenweise zu einer vollständigen Sozialisierung führen kann.

Die Verwirklichung dieses kühnen Reformprogramms — das in mancherlei Hinsicht wie so manch anderer Gedanke des großen Sozialisten der Entwicklung der deutschen Republik parallel läuft — erfolgt jedoch „durch den mehr oder minder freiwilligen Beitritt der Majorität der Nation zu den nach und nach von der sozialistischen Minorität gemachten Reformvorschlügen“. Deshalb bedarf es vor allem neben der Arbeiterklasse der tatkräftigen Mitarbeit der Bauern:

Wenn die Bauern nicht mit uns sind, werden sie gegen uns sein. Da der Kollektivismus die Mitwirkung der Bauern zur Voraussetzung hat, da z. B. notwendig ist, daß sie bereit sind, ihre Erzeugnisse an die gesellschaftlichen Vorratsmagazine zu verkaufen, so würde ihr passiver Widerstand hindern, die Revolution auszuführen und zu führen. Die Zustimmung der bäuerlichen Besitzer ist umso notwendiger, als im Verhältnis zu ihrer Zahl die Zahl der Grundbesitzer abnimmt. Aber sie werden ihre Zustimmung keiner plötzlichen Bewegung geben, deren Wirkung sie nicht absehen können. Sie werden sie nur einer Bewegung zustimmen, die sie selbst mit geplant haben, die durch die feste Veremeuerung ihrer Produktionskraft und Verbesserung ihrer Lebenslage sie über Ziel und Zweck der sozialistischen Aktion vollkommen beruhigen wird.

Den Rahmen der die Verwirklichung des Sozialismus liefert hierbei die Nation, weshalb der Satz „Die Arbeiter haben kein Vaterland“ dem großen Franzosen nur eine leidenschaftliche Laune“ bedeutet, die faktische Verneinung der Geschichte selbst und alles dessen, was die Eigenheit und Kraft der marxistischen Dialektik ausmacht; er bedeutet „den Gedanken der Tirade opfern“. So wird ihm der Patriotismus verbunden mit der Idee der Freiheit sei völliger Ausschaltung jeder nationalstaatlichen Grenze Pflicht, die er in der „Neuen Armee“ in ein gewaltiges Verteidigungssystem zu bringen sucht:

„Keine Demokratie, auch nicht die friedensfreundliche, konnte je Wurzel fassen und sich dauernd behaupten, ohne sich für die nationale Unabhängigkeit haftbar zu machen. Keine Nation, auch nicht die militärisch bestgerüstete, konnte sich konstituieren oder retten, wenn sie nicht bis zu einem gewissen Grade die revolutionären Kräfte der Freiheit zu Hilfe rief. Ich bin immer überzeugt gewesen, daß das Proletariat in seinen inneren Wesen seiner Lehre des nationalen Verzichts, der nationalen Knechtschaft zustimmen kann. Wo immer es ein Vaterland, das heißt eine historische Gruppe gibt, die sich ihrer Kontinuität und Einheitsidee bewußt ist, da ist jeder Angriff auf die Freiheit und Unabhängigkeit ein Rückfall in Barbarei. Die Behauptung, die Proletariat, vom Kapital gezeichnet, könnten durch Einfall und Eroberung nicht in schlimmere Knechtschaft geraten, ist kindlich-irrig.“

Aus diesem tiefinnerlichen Patriotismus heraus bekämpfte Jaurès mit dem ganzen Schwung seines gewaltigen Temperaments den Krieg, da er die Unabhängigkeit der Nationen auf schwerste gefährdet und die organische Aufwärtsentwicklung der Menschheit hemmt. Deshalb stellt er die Zukunft durchdringende pazifistische Staatsmann seiner patriotischen Kenntnis zur Seite den Internationalismus, den Völkerverbund, das internationale Schiedsgericht:

„Die selbständigen Vaterländer müssen mit internationalem Geiste durchdrungen werden; unter dem Schutze des Weltfriedens muß, durch die vereinten Kräfte der Arbeiter aller Länder, die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit gefördert werden. Aber Demokratie und Nation bleiben die wesentlichen Grundbedingungen jeder weiteren und höheren Entwicklung. Nur durch den freien Bund autonomer Nationen, die alle Gewaltstreiche vermeiden und sich allgemeinen Rechtsnormen unterwerfen, kann die menschliche Einseitigkeit überwunden werden. Aber das ist nicht die Abschaffung der Vaterländer sondern ihre Veredlung.“

So hat Jean Jaurès dem aufbauenden Sozialismus ein Testament von Ewigkeitsbedeutung hinterlassen, dessen Ähnlichkeit mit unheimlicher Kraft und weitsehendem frischem Reformgeist gemäß seinem Sinne eine sich fortsetzende Aufgabe der Sozialisten aller Länder sein müßte, da dies gleichzeitig der einzige Weg ist, Europa und seine Kultur vor der Götterdämmerung zu retten.

Die „Germania“ allerdings erzählt, die Regierung bereite eine allgemeine Amnestie für alle an dem Rapp-Putsch und dessen Umwälzung beteiligten Personen vor, aber es wird ausdrücklich bemerkt, daß nur „politische“ Vergehen, nicht „gemeine Verbrechen“ für straflos erklärt werden sollen. Das ist eine sehr mißtrauenswürdig Nachricht. Im bayerischen Landtag haben ja auch am Mittwoch sämtliche bürgerlichen Parteien dem Antrag der kommunistischen Abgeordneten Eisenberger wegen Verurteilung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger wegen Hochverrats zugestimmt. Es wird schon so kommen, daß den Stappverbrechen auch die Freilassung Verbrecher als entschuldigendes politisches Vergehen angerechnet wird, während man die bewaffnete Abwehr der Mörderhänden, als ausnahmswürdiges Verbrechen klassifizieren wird.

Die Einstufung aber, die überall im Reich den Rapp-Putsch durch ihre verbreitete Abstammung in den Sattel helfen, durch keinen Grund sich zu beschweren, wenn die Weisheit, die sie selbst fertigen helfen, ihnen selber blutige Striemen ins Gesicht schlägt!

Der künstlich geschichtete Deutschensatz.

Der Kenner der Staatszeitung entnehmen wir folgenden bemerkenswerten Artikel:
Präsident Wilson hat in seinen Kriegserden versucht, zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volk Unterbrechungen zu machen. Seine Mitarbeiter und Untergebenen greifen zu der entgegengesetzten Politik, indem sie die öffentliche Meinung in Amerika zu einer wahren Wut des Hasses gegen alles, was deutsch hieß, aufreizten. Das „Department für falsche Information“ und die unintelligente Zensur ermöglichten ein blindes und verständnisloses Massenverurteilen, das seinen schätzbaren Exponenten in der Person Palmer's, des Generalanwalts und früheren Verwalters fremden Eigentums, besch.

So war es nur natürlich, daß die Männer mit dem ausgeprägtesten Geist die höchsten Gipfel positiver Förderung erreichten, ganz in ähnlicher Weise wie die Männer, die den Frieden in Paris gemacht, durch den Geist des Hasses und nationaler Selbsthass dominierten. Aus diesem Gehirn konnte nur, als unermeidliche Folge, die gegenwärtige internationale Lage erwachsen.

Wenn die Geschichte eine Lehre zu bieten hat, so ist es die, daß Bigotterie und Vorurteil und daß die Illustation nie um einen Schritt vorwärts gebracht haben. Sie lösen sie eine Frage, sondern leiten nur mit zwingender Gewalt zu neuen Kriegen, neuem Elend und neuen Sorgen.

In den Vereinigten Staaten ist der Hass in einem raschen Schwinden begriffen, weil das große deutsche Element sich persönlich allgemeiner Achtung erfreut und eine starke Schwärze gegen Gewalt-Revolutionen bildet. Die ganze Atmosphäre, von den Palmers, Colbys und der Gerards um uns verbreitet, war künstlich erzeugt und ungesund und traf vergeblich bis ins Weltall und aus so vielfältigen Elementen zusammengesetztes Volkselement.

Millionen Deutscher, denen die verflochtenen sechs Jahre schwerer Enttäuschungen und Elend gebracht haben, stehen im Begriff, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern. Hier werden sie das Willkommen und den Respekt finden, nach dem ihre Sehnsucht steht. Weber die Propaganda, von offiziellen deutschen Kanälen dagegen gerichtet, nach die Heberbelbel der antideutschen Propaganda auf dieser Seite des Ozeans werden im Stande sein, diese große Völkerwanderung zu verhindern.

Aus der Partei.

Konferenz des Unterbezirks Karlsruhe vom 5. Wahlkreis.

Am Gegensatz zu den bisher stattgefundenen Konferenzen der Unterbezirk des 5. Wahlkreises war die gestrige Konferenz vom Unterbezirk Karlsruhe mangelhaft besucht. Nichtschwächer herrschte aber bei den anwesenden Vertretern ein erfreulicher Geist für die zukünftige Parteiarbeit, der uns Gutes lassen läßt. Keine Verzweigungen hatten erkrankt die Mitglieder Blankenbach, Friedrichs, Diebold, Heim, Lindenheim und Weischnur. Diese Intellektuelle Vorherrscher der Diskussion kann nicht genug in ihrem eigenen Interesse bedauert werden.

In kurzen Zügen gab Parteisekretär Gen. Trins einen Überblick auf die verflochtenen Wahlen, die Arbeiten zu derselben und diejenigen seit der Wahl freiziehend. Nach diesem Überblick ging er zu den Zukunftsaufgaben der Parteiarbeit über und behandelte speziell die zu leistenden Arbeiten auf organisatorischem Gebiet. Gen. Trins betonte u. a., daß insbesondere die Bildungsarbeit zu beginnen habe, die systematisch und planmäßig zu erfolgen hat. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Gewinnung der Jugend zu richten und ebenso der Agitation für die Presse, den „Volksfreund“ und der Frauenpropaganda.

An die Ausführungen des Gen. Trins, die gute Aufnahme fanden, schloß sich eine sehr anregende Diskussion an, die eine Fülle von wertvollen Fingerzeigen gab. An ihr beteiligten sich die Gen. Schel, Graden, Schmidt, Haggfeld, Lang, Karsruhe, Feininger, Wulach, Meinger, Amelungen und Red. Eisele-Karlruhe. Die verschiedensten Gebiete, auf denen sich die Parteiarbeit bewegt, wurden gestreift, die Agitation, Bildungsarbeit, die schätzbare Kampfesweise der U.E.P., die Agitation für den „Volksfreund“ usw. Alle Redner waren einig in dem Gedanken, alles zu tun, was zu Ruh und Frommen der Partei und ihrer positiven Arbeit für die Arbeiterklasse notwendig ist. So vertiefte die Diskussion, die frei von jeder Höflichkeit war, dafür aber wertvolles Material für die praktische Arbeit lieferte, in der besten Weise.

Im Schlußwort ging Gen. Trins auf einige in der Aussprache gestellten Anfragen ein und schloß sodann gegen 7 Uhr mit einem warmen Appell zur ferneren Mitarbeit und mit dem Wunsch, das Gehörte zu beherzigen und in die Tat umzusetzen, die vom besten parteigenössigen Geist erfüllt und vorzüglich verlaufene Konferenz.

Badische Politik.

Die Sozialdemokratie gegen die Wirtschaftskrise.

Neben anderen Fragen befaßte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion in ihrer gestrigen Fraktions-sitzung mit der drohenden Wirtschaftskrise. Insbesondere wurde die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten verlangt, wobei neben der Arbeitslosenfürsorge besonders die Inangriffnahme des Ref. Kanals und die Fortführung stillgelegter Betriebe aus allgemeinen Mitteln betont wurde. Die Fraktion wird in diesem Sinne bei der Regierung und beim Reichs-wirtschaftsministerium vorstellt werden und sofortige energische Maßnahmen verlangen.

Sagenstich.

In ihrer gestrigen Fraktions-sitzung befaßte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion auch mit dem Unternehmen im Sagenstich und stellte hierbei die Forderung auf, vor Beendigung der Landtags-sitzung von der Regierung authentisches Material und Aufklärung über die Vorgänge im Sagenstich zu verlangen.

„Eine großen sozialen Wandlungen, die man Revolutionen nennt, können nicht oder können nicht mehr das Werk einer Minorität sein. Eine revolutionäre Minorität, sei sie noch so klug und noch so energisch, reicht nicht aus, wenigstens nicht in der modernen Gesellschaft, um die Revolution durchzuführen. Sie bedarf der Mehrheit, des Beistandes der Majorität — der ungeschickten Majorität. Das ist bei der Revolution von 1789 klar ersichtlich. Sie ist nur darum ausgebrochen, sie hat nur darum ihren Zweck erreicht, weil die ungeheure Majorität man konnte wohl sagen: nahezu die Gesamtheit des Volkes sie wollte. Eine Klasse, die aus der Demokratie hervorgegangen ist, und die, statt sich dem Geiste der Demokratie anzupassen, ihre Diktatur über die ersten Tage der Revolution hinaus fortsetzt, wäre bald nicht anders, als eine Mäurerbande, die auf einem Gebiet lagert und die Reaktionen des Landes mißbräuchlich ausbeutet.“

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, entwickelte Jaurès Respektlos die Entwicklung, wobei er schärf mit der Katastrophentheorie abrechnete:
„Nicht durch den unvorhergesehenen Stoß politischer Aktionen wird das Proletariat zur Macht gelangen, sondern durch die methodische und legale Organisation seiner eigenen Kräfte unter dem Geiste der Demokratie und des allgemeinen Stimmrechts. Nicht durch Zusammenbruch der kapitalistischen Verhältnisse, sondern durch das Erstarken des Proletariats wird die kommunistische Ordnung sich allmählich in unsere Gesellschaft einführen. Ich wage zu behaupten, daß der Arbeiterklasse, um im Staate eine bedeutende Kraft zu sein, heute nur eines mangelt, nämlich die Erkenntnis, wie viel sie durch eine planvolle Aktion innerhalb der Demokratie vermag. Diejenigen, die abwechselnd von dem Stimmrecht und der Fülle predigen, diejenigen, die je nach der augenblicklichen Wut und Unglut des allgemeinen Stimmrechts ihm vertrauen oder mißtrauen, führen durch die Zusammenhängigkeit ihrer Einstellungen den Normarsch der Partei.“

Nicht etwa um opportunistischen Augenblickserfolgen nachzulassen, befristet hat Jaurès eine Politik der planmäßigen allmählichen Reformen, sondern es geschieht aus der Situation der Arbeiterklasse heraus, aus dem Zwange der ökonomischen Verhältnisse:

„Die Arbeiterklasse drängt nach Reformen, ich meine nach haltigen, unmittelbaren Reformen. Sie bedarf ihrer, um zu leben, um nicht unter der Last niedergedrückt zu werden, um mit festem Schritte der Zukunft entgegenzugehen. Nicht allein, weil alle leben müssen, aber nur leben können indem sie produzieren, nicht allein, weil eine übertriebene Überproduktion des Kampfes auf die Dauer die moralischen Kräfte erschöpfen würde, greifen notwendigerweise gültige Reformen und Fortschritte Platz, sondern auch weil die beiden in Frage liegenden Klassen ein wirkliches Interesse daran haben, die Zukunft der Produktion zu sichern, von der in der kapitalistischen Gesellschaft der Profit für einen und Arbeitslohn der anderen abhängt und von der in der kommunistischen Gesellschaft das Wohl aller abhängen wird.“

Mit dem hagen Verlangen nach Reformen, in dem einseitige „radikale“ oder auch „praktische“ Agitationsnaturen ihre volle Verwirklichung finden, ist es jedoch einer positiven Schöpfergestalt wie Jaurès nicht gelang: gerade die Anhänger einer konstanten Entwicklung zum Sozialismus sind verpflichtet, „mit der bestmöglichen Klarheit zu sagen, welcher gesellschaftlichen Form sie die Menschen und die Dinge zuführen wollen und durch welche Einrichtungen und Gesetze“ sie ihr Ziel erreichen wollen. In „Theorie und Praxis“ gleich gut zu Hause, entwirft er in klaren Umrißen ein detailliertes Reformprogramm, das aus den sozialistischen Einflüssen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die kommunistischen Wirtschaftsformen in langsamer steter Entwicklung herauszuwaschen sieht. Da man infolge der Unbestimmtheit des kapitalistischen Eigentums die mittleren und kleinen Besitzer „nur durch präzise und fein abgestufte, ihr Interesse vollkommen wachsende Umformungen“ dafür gewinnen kann, einer Umwandlung des kapitalistischen Eigentums in ein sozialistisches Eigentum zuzustimmen, wird die Majorität der Volksgenossen die letzten Einflüsse des kapitalistischen Systems nicht eher abbrechen, als bis das Fundament der sozialistischen Ordnung gelegt worden ist und das neue Gebäude den Menschen einen Saug wird bieten können.“ Eine falsche Methode ist deshalb nach Jaurès der revolutionäre Generalstreik, der die Arbeiter ohne

Parteienossen! Agitiert für den „Volksfreund“!

Die Hagenstiehangenheit

wurde am Freitag im Haushaltsausschuß des Landtags besprochen. Die sozialdemokratische Fraktion forderte volle Aufklärung und die demokratische Fraktion teilte mit, daß sie eine diesbezügliche kurze Anfrage beim Landtag eingereicht habe.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

verlangte die sozialdemokratische Fraktion beim Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses am Freitag nachmittag von der Regierung. Ihr Sprecher, Genosse Maier, wies auf die große Arbeitslosigkeit in den Städten, sowie selbst in kleineren Gemeinden hin.

Die Einstufung der Beamten in die Besoldungsordnung ist nunmehr insoweit beendet, daß der Haushaltsausschuß des Landtags gestern die erste Lesung der Beratung erledigt hat.

Die Redaktionskassation. Am nächsten Montag wird der erste Spatenstich zu dem Kraftwerke bei Herborn im Lande, das im Rahmen der Redaktionskassation ausgeführt wird und etwa 600 Arbeitslosen Beschäftigung bieten wird.

Der Verfassungsausschuß des Landtags sprach sich in seiner Sitzung am Mittwoch dahin aus, daß auch fernerhin Wünsche zu den Verkehrsfragen sowohl für den Eisenbahnbau wie für Kraftwagenlinien von dem Verkehrsministerium weiter geleitet werden sollen.

Der neue Erzbischof. Die in kirchlichen Fragen gut unterrichtete freie Stimme (Nadolsch) weiß zu melden, daß als Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs bereits der ehemalige Klosterpfarrer in Baden-Baden, Joh. Gg. Gumbeil, genannt wurde.

Abgewiesen. Das Staatsministerium hat den Refus des Hauptlehrers Kunz in Börsental, der wegen unerlaubter Entfernung vom Dienstorte, Beleidigungen von Behörden und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Staatsverfassung durch Disziplinarerkenntnis des Unterrichtsministeriums mit Strafverurteilung unter Widerruf der etatmäßigen Anstellung bestraft worden war, zurückgewiesen.

Fliegertod in der Wüste.

Das Tagebuch eines Verschmachtenden.

Ein erschütterndes Dokument tragischen Sterbens wird in der „Illustration“ in der Gestalt eines Tagebuchs veröffentlicht, das einer der beiden französischen Flieger, die den General Kaperrine auf dem mihglücklichen Flug nach Timbuktu begleiteten, bis in die letzten Lebensstunden geführt hat.

Die beiden Flieger verfluchten dann, den Militärposten von Tin Baucan zu erreichen, von dem sie annahmen daß er etwa 125 Kilometer entfernt sei, aber der eine Flieger, Bernard, brach fast sofort zusammen und mit wachsender Verzweiflung in ihren Herzen lehten sie zu dem General zurück, der ihnen zu dem Marsch geraten hatte.

Am 1. März, schreibt Baslin, „sahen wir Geier, die frägend um uns umkreisten. Sie hatten die Witterung, daß einer von uns bald sterben würde.“

Deutscher Reichstag.

Berlin 30. Juli.

Das Haus steht heute im Zeichen kleinerer Anfragen. Nicht weniger als 41 hatten der Beantwortung. Eine Reihe von Anfragen muß abgesetzt werden weil die Fragesteller nicht anwesend sind.

Freiherr v. Versner, was die Regierung zur Befreiung der noch in Avignon zurückgehaltenen Kriegsgefangenen zu tun gedenkt.

Ein Regierungsvertreter entgegnet, es handle sich um 350 Gefangene, die sich während der Gefangenschaft Straftaten auszubüden kommen ließen. Die Regierung habe ihre Begnadigung verlangt und die französischen Behörden sind nunmehr mit der Prüfung beschäftigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Hochsch (D.M.), welche Maßnahmen die Regierung im Einvernehmen mit den großen wissenschaftlichen Instituten ergreifen werde, um dem Notstand der deutschen Wissenschaften zu steuern, deren Publikationen wegen Steigerung der Preise für Druck und Papier gefährdet sind.

Staatssekretär Schulz: Die Angelegenheit befindet sich im Stadium der Vorbereitung. Eine Denkschrift wird darüber veröffentlicht und dem Hause vorgelegt werden.

Abg. Frau Pfeuff (Soz.) fragt, ob die Regierung den durch die Reichsverfassung bedingten Gesekentwurf über die Ausgestaltung der Schulen mit den einzelnen Ländern erledigen wolle.

Staatssekretär Schulz erwidert die Vorbereitungen sind im Gange deren Vorlage im Herbst 1920 erfolgen wird. Es muß da unbedingt konfessionelle Duldsamkeit erwartet werden.

Abg. Schirmer (W.P.) fragt ob die Regierung nicht angesichts der Notlage des deutschen Zeitungsgewerbes und der hohen Papierpreise eine Hilfsaktion für die Presse in verschärfter Weise aufnehmen und billigere Papierlieferungen durchsetzen wolle.

Ein Regierungsvertreter erwidert die Regierung habe für die Zeit vom 1. März bis 1. Juli den Betrag von 10 Millionen Mark zur Senkung der Papierpreise zur Verfügung gestellt. Eine ähnliche Summe werde für die Zeit nach dem 1. Juli erfolgen.

Abg. Simon (Soz.) fragt, was die Regierung tun wolle gegen die in Augsburg erfolgte Entfremdung verfassungstreuer Mannschaften aus dem 42. Schützenregiment durch das Offizierskorps.

Ein Regierungsvertreter erwidert, die Verschuldung gegen das Offizierskorps anlässlich des Kampfes hätten sich als unrichtig erwiesen dagegen habe sich im Regiment ein bestimmter Kreis von Unteroffizieren und Mannschaften im Sinne politischer Betätigung zusammengeschlossen, wodurch die Manneswürde und der innere Zusammenhalt gefährdet wurden.

Es folgen Interpellationen.

Ein Regierungsvertreter erklärt die Regierung werde die Interpellationen der Demokraten wegen der Höhe der durch die Beschneidung des Rheinlands erwachsenen Kosten innerhalb der geschäftsordnungsrechtlichen Frist beantworten.

Abg. Rosenfeld (U.S.) spricht von dem Glend, das die allgemeine Wehrpflicht und der Militarismus hervorgerufen haben. (Stürmischer Widerspruch. Rufrufe rechts. Die Deutsch-Nationalen und die Mitglieder der Deutschen Volkspartei ver-

lassen den Saal.) Die große Mehrheit des Volkes trauert um ihre Verluste, nicht um die allgemeine Wehrpflicht. Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen.

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

lassen den Saal.) Die große Mehrheit des Volkes trauert um ihre Verluste, nicht um die allgemeine Wehrpflicht.

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

Abg. v. Karborff (D.Vp.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grabe aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt.)

19. Verbr... Am 2... den, Bür... sammlung... Die Stad... war außer... den aller... meiste D... über die... lassen und... die neuen... Geschäfts... a) die... pflichtigen... hierauf be... ferner die... gefestes... b) die... Sie erheb... lungen de... Angestellte... c) em... gezogen. C... nerer, wer... persöhnlich... Sobann... Mannheim... daß die sa... anorden... eine noch... mühten sich... ren bei bes... ausüben u... Giro- und... Ausbruch ge... sein werden... nehmen. V... Bericht über... jenen Antr... Hauptamtlich... verband an... der Heibel... der Befehl... betrags B... von Darleh... eine beifäll... Die St... unter Gro... hat am Bon... Tage nach... bei Wähl... eintanen, ge...

Durlach. Gemein... Etzmann be... in Friedensg... lichen Marl... manische An... gefest werde... gariens un... nommen; do... hüte nicht zu... bring für G... 22 000 A. C... Der kommend... nötig. — Fr... eine Anzahl... ferien in ber... den, auch von... Asienaufwan... Es wird eine... nimmt, die C... Farnholz de... Die Kessel de... fiert. Kosten... wird hergeric... bezüglichen u... 700 A. Der... Die Einrichtu... an die Mehe... werden. — A... Es sind darin... Wohnner der... ns genommen... wigen Schie... der Gemein... im Verhäng... gewöhnlich... 400 Quadrat... Quadratmeter... Soche weiter... wird gemein... 2400 A. Erhöht... Karlsruher ar... eriolot nach de... seinen Zufuhr... nehmig wird... Holzgenuss... der Stütze un... Auswurf in Hel... zurückstellt. — A... betrag... ist in den f... Erhöht wurde... gehen. — Ver... 1000 A. Der... 25000 A. Der... rangel werden... kann sind. — Angelenheitte...

Zu der Gesamtstimmung, die die Annahme des Gesetzes gegen die beiden Reichsparteien ergibt, stellt Vizepräsident Bellmann fest, daß mehr als zwei Drittel der Anwesenden für das Gesetz gestimmt haben, und daß damit auch für den Fall, daß eine Verfassungsänderung vorliege, dem Gesetze Genüge geleistet sei. Der Gesetzentwurf über die Vereinigung der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft wird in dritter Lesung mit mehr als zwei Drittel der anwesenden Stimmen angenommen.

Nach Erledigung der Etatsergänzungen zum Reichswehrministerium und Wiederaufbauminiesterium vertagt sich das Haus auf Samstag vormittag 11 Uhr: Entwaffnungsvorlagen, Fortsetzung der Staatsberatung.

Gemeindepolitik.

19. Verbandsversammlung des Bad. Sparkassenverbandes.

Am 24. Juli fand unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden, Bürgermeister Ritter-Mannheim, die 19. Landesversammlung des Badischen Sparkassenverbandes in Bruchsal statt. Die Stadt erwies sich als sehr zugängig; die Versammlung war außerordentlich stark besucht. Auf der Tagesordnung standen allerdings auch sehr wichtige Gegenstände. Herr Bürgermeister Dr. Klein schmid, Karlsruhe, erläuterte ein Referat über die Reichssteuerreform in Beziehung auf die Sparkassen und gliederte in seinem Vortrag die Verpflichtungen, die die neuen Steuererlasse den Sparkassen auferlegen nach drei Gesichtspunkten:

a) die Sparkassen haben dabei mitzuwirken, daß die Steuerpflichtigen überwaht und zur Steuer herangezogen werden. Hierauf beziehen sich die Vorschriften gegen die Kapitalflucht, ferner die einschlägigen Bestimmungen des Erbschaftssteuergesetzes und der Reichsabgabenordnung;

b) die Sparkassen wirken bei dem Einzug von Steuern mit. Sie erheben Kapitalertragssteuer, helfen dabei mit, die Zahlungen des Reichsnotopfers zu vermitteln und ziehen für ihre Angehörigen die Einkommensteuer durch Lohnabzug ein;

c) endlich werden die Sparkassen selbst zur Steuer herangezogen. Sie unterliegen in gewissem Umfang der Umsatzsteuer, werden betroffen durch das Reichsnotopfer und die Körperschaftsteuer.

Sodann berichtete Sparkassendirektor Schmiedel-Mannheim über die Lage der Sparkassen. Er wies darauf hin, daß die sachlichen und persönlichen Ausgaben der Sparkassen außerordentlich gestiegen seien und die neue Besoldungsordnung eine nochmalige schwere Belastung bringe. Die Sparkassen müßten sich nach neuen Einnahmen umsehen; etwa nach Uebereignungen bei besonderer Finanzprädisposition (Sperreerfindungen, Kontowahlungen usw.) und durch Abwälzung der Postenlasten beim Giro- und Scheckverkehr. Es wurde auch unabweislich zum Ausdruck gebracht, daß unter Umständen die Sparkassen genötigt sein werden, eine nochmalige Zinsherabsetzung in Aussicht zu nehmen. Bürgermeister Ritter-Mannheim erläuterte hierauf Bericht über die Anstellung von Verbandsreferenten. Es wurde seinem Antrag entsprechend genehmigt, daß zwei Referenten hauptsächlich dem Sparkassenverband zusammen mit dem Giroverband ange stellt werden. Von Sparkassenreferent Schneider-Heidelberg wurde noch angeregt, die Fernsprechtischler bei der Beschaffung des vom Reich verlangten einmaligen Kapitalbetrags von 1000 Mk. seitens der Sparkassen durch Eingabe von Darlehen zu unterstützen; auch diese Angelegenheit fand eine beifällige Aufnahme.

Die Stadt Bruchsal hat sich sehr gastfreundlich erwiesen; unter großer Beteiligung seitens der städtischen Körperschaften hat am Vorabend eine Begrüßungsfeier stattgefunden und am Tage nach der Versammlung wurde noch das Reichsnotopfer bei Wohlwollen besichtigt. Die ganze Tagung nahm einen interessanten, gelungenen und anregenden Verlauf.

Aus dem Lande.

Gemeinderatsung. Das Anlagekapital für das elektrische Stromnetz beläuft sich auf 1,8 Millionen Mk. gegen 280.000 Mk. in Friedenszeit, das macht also eine Hebersteuerung von 1,5 Millionen Mark. — Die chemische Fabrik möchte das ehemalige Reichsanwesen kaufen. Der Kaufpreis soll auf 45.000 Mk. festgesetzt werden. — Von einer Eingabe des Fröbelschen Kindergartens um Zuweisung geeigneter Räume wird Kenntnis genommen; doch ist leider infolge der Wohnungsnot vorerst Abhilfe nicht zu garantieren. — Die Heidelberger Schulbauabteilung bringt für gelieferte Schulbänke eine Nachtragsforderung von 22.000 Mk. Es werden 18.000 Mk. bewilligt. — Für das neu hierher kommende Finanzamt werden etwa 12-13 Wohnungen benötigt. — Für Unterbringung der etwa 12-13 Wohnungen werden eine Anzahl Gaslaternen angekauft. Es sollen während der Ferien in verschiedenen Schulzweigen Gasleitungen eingebaut werden, auch sonst sind Reparaturen und Anschaffungen nötig. Der Kostenaufwand beträgt allein für die Gewerbeschule 90.000 Mk. Es wird eine Kommission bestellt, die die Gebäude in Augenschein nimmt, die Gemeinderäte Müll, Semmler und Silber. — Die Turnhalle der Friedrichschule soll baldigst geräumt werden. — Die Kessel der Zentralheizung in der Friedrichschule werden saniert. Kostenpunkt 5000 Mk. — Die Wohnung im Pädagogium wird hergerichtet. Die entstehenden Kosten sind dem Mieter zu vergüten und zu amortisieren. Mietpreis 1300 Mk. Kosten 700 Mk. Der dortige Garten soll in 3 Teile geteilt werden. — Die Einrichtung von elektrischem Licht in der Schloßkaserne wird an die Rheinische Elektrizitätsgesellschaft zum Angebot vergeben werden. — Das Pupaverum in den Schulen wird besichtigt. Es sind darin alle Gebühren inbegriffen. — Eine Bekleider der Bekleider der ehemaligen Rettungsanstalten wird zur Kenntnis genommen. — Die Bedingungen für Übernahme der ehemaligen Schießstände werden gutgeheißen. — Eine Eingabe des Bezirksmeisters Weisinger betr. Errichtung eines Naturtheaters im Vorderberg wird befristet und unterstützt. — Die Bau-genossenschaft Arbeitslohn beabsichtigt auf dem Gelände beim ehemaligen Provinzialamt Wohnhäuser zu erstellen. — Der Quadratmeter Platz soll zu 3 Mk. abgegeben werden, falls die Sache weiter verfährt wird. — Der Wohnungsgesellschaft Weisinger wird genehmigt, statt bisher 2 Mk. auf 10 Mk. pro Kubikmeter zu erhöhen. — Die Gebühren des Baierentats Reines sollen auf 2400 Mk. erhöht werden. — Der 5. schwer Verletzte, die in Karlsruhe arbeiten müssen, sollen 50 Proz. ihrer Jahrgelder ersetzt werden. — Die Befestigung der Sachbezirge der Angehörigen erfolgt nach den Karlsruhe'ern. — Wäckerleiner Klaber will seinen Zuschuß von 200 Mk. auf 1000 Mk. erhöhen, was genehmigt wird. — Die Volksbedarfen sollen in Zukunft auf der der Mittel um ihre Entlassung auf 1. September und will auf 15. August in Urlaub. — Ein Besuch einer Fürsorgekommission wird genehmigt. — Der Voranschlag des Restorats über die Vermögensverluste beträgt 25.000 Mk. nebst 10 Proz. Aufschlag, die Summe soll in den städtischen Voranschlag aufgenommen werden. — Die Schloßstraße auf dem Exerzierplatz wird an Wagner Müller abgegeben. — Wöckler, der auf der Schloßstraße ist, hat dieselbe zu veräußern. — Der Kommunalverband hat in den letzten 4 Monaten etwa 23.000 Mk. zugelegt am Vat. Der Mißpreis muß noch geregelt werden, sobald die Preise von allen Lieferbezirken bekannt sind. — Es werden noch eine ganze Reihe von internen Angelegenheiten behandelt und genehmigt.

Königswasser. Wir hatten in unserer Samstag-Nummer eine Notiz gebracht, worin mitgeteilt wurde, daß das Landespreisamt gegen einen Wienerzüchter Strafverfügung gestellt hatte, weil er 20 Mk. für ein Pfund Honig gefordert habe, daß aber der Wienerzüchterverein des Bezirks Staufsen seine Mitglieder verpflichtet habe, das Pfund Honig nicht unter 25 Mk. abzugeben. Auf diese Mitteilung sendet uns ein Parteigenosse und Volksfreundlicher, der Juter ist, eine Aufstellung, aus der zu begründen versucht wird, daß 20 Mk. für ein Pfund Honig nicht zu hoch sei. Er teilt uns mit, daß ein Wienerbrot jetzt 500-600 Mk. koste gegenüber 25 Mk. vor dem Kriege, ein Wienerkuchen 180 Mk. koste gegen 250 Mk., eine Königin 40-50 Mk. gegen 4 Mk., eine Königsküchlein 300-500 Mk. gegen 25 Mk., 1 Kilogramm Mittenwände 80 Mk. gegen 5 Mk., 1 Pfund Auslandsbutter 15 Mk. gegen 82 S. Die Ausgaben seien also wesentlich höher, die Mühe und Arbeit sei noch nicht mitgerechnet. 20 Mk. für das Pfund Honig sei also nicht zu hoch. — Wir meinen, diese Aufstellung hinkt doch ein wenig. Sie kann doch nur gelten für einen Wienerzüchter, der sich jetzt erst mit Wienerbrot beschäftigt. Die meisten Juter werden aber doch wohl schon vor dem Kriege ihre Zucht betrieben haben und da geht es doch nun u. S. nicht an, alles Karlsruher, Kölsch, Wienerbrot, Königsbrot usw., die vor einem Jahre noch weit, weit billiger waren, zu dem heutigen hohen Preise zu berechnen. Bei solcher Aufstellung, wie sie dieser Parteigenosse macht, lassen sich schließlich alle Preissteigerungen begründen. Und das ist doch nicht angängig.

Die Schweinezucht ist einer der allerwichtigsten Betriebszweige der Landwirtschaft zur raschen Lösung der Fleischnot, weil das Schwein das Haustier ist, das sich am leichtesten vermehrt und auch am schnellsten Fleisch liefert. Ein gutes Mutter-schwein wirft in zwei Jahren dreimal je 10-14 Ferkel, die in etwa 2 Jahren bei guter Fütterung wieder schlachtreif sind, während ein Kuh in zwei Jahren zwei Kälber gibt, die mindestens 2 Jahre alt werden, bis sie eingetragene ins Schlachtgewicht gekommen sind. Aus diesem Grunde müßte die Land-wirtschaft, wenn sich unsere Fleischproduktion rasch heben soll, ihr Hauptaugenmerk der Schweinezucht zuwenden. Hierbei spielt jedoch die Rassenfrage eine große Rolle. Früher hat man hauptsächlich die hochgezüchteten englischen Rassen bevorzugt, weil diese sehr rasch gemästet werden können. Sie haben aber den Nachteil, daß sie sich schlecht vermehren und daher ist man heute wieder ziemlich allgemein auf die Landrasen zurückgekommen und hat hier entweder durch Kreuzung mit englischen Tieren oder durch fortgesetzte sorgfältige Auswahl des besten zur Zucht geeigneten Materials Rassen geschaffen, die sich durch hohe Fruchtbarkeit und gute Markbarkeit auszeichnen. Die Landwirtschaftskammer hat nun während des Krieges durch Einfuhr von ausgelesenem Zuchtmaterial aus Norwegen das dort hochentwickelte Landfleisch, welches ausgezeichnete Eigenschaften bezüglich der Fruchtbarkeit sowohl, als auch der Markbarkeit besitzt, bei uns durch fortgesetzte Zucht rasch verbessert und auf diese Weise einen Zuchtschritt herangezogen, der hervorragende Eigenschaften besitzt. Die Zuchtsituation, die jetzt schon etwa 20 überlebende Muttertiere umfaßt und in nächster Zeit noch bedeutend vergrößert werden soll, befindet sich vorläufig auf dem Verjudungs- und Legehut der Badischen Landwirtschaftskammer in Dornach, Amt Waldsloh.

Reiseverkehrsverbesserungen zum und vom Felsberg in Dettigheim treten ab nächsten Sonntag, 1. August, ein und zwar: Personenzug (Z) verkehrt durchweg 20 Minuten früher, Karlsruhe ab 1.25 und Baden-Baden ab 2.24 nachm. Personenzug 881 (Z) verkehrt über Ettlingen: Karlsruhe ab 7.12, Muggensturm 7.20, Malsch 7.28, Bruchhausen 7.37, Ettlingen 7.45, Karlsruhe ab 7.53 Uhr. Als Ersatz verkehrt Zug 761 Sonn- und Feiertags später: Karlsruhe ab 6.12, Dettigheim ab 6.10, ab 7.25, Dettigheim 7.32, Dornachheim 7.38, Bruchhausen 7.49 und Karlsruhe ab 7.57. Neu ist Personenzug 857 (Z) Offenburg ab 11.40 vorm., Dettigheim ab 1.19 Uhr mit Halt auf allen Unterwegsstationen und Personenzug 858 (Z) Dettigheim ab 6.55 nachm. und Offenburg ab 8.54 Uhr, ebenfalls mit Halt auf allen Unterwegsstationen.

Valuta-Bericht vom 30. Juli.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 12,80 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 14,58 Mk. der holl. Schweiz 7,23 Mk. per schw. Fr., England 137% Mk. per schw. Sterling, Frankreich 3,22 Mk. per frz. Fr., Neuholl. 12 1/2 Mk. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 31. Juli 1920.

Das nördliche Tiefdruckgebiet hat sich südwärts über Deutschland ausgedehnt und in der Nacht überall stärkere Regenfälle gebracht. Da der tiefe Druck noch von einigem Bestand zu sein scheint, stehen weitere Regenfälle bevor.

Vorausichtliche Witterung bis Sonntag, 1. August: Vollig, zeitweise Regen, kühl.

Aus der Stadt.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Mittwoch, 4. August, abends 1/8 Uhr, findet im kleinen Festsaal die Fortsetzung der Gen.-Versammlung statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

Am Montag, abends 1/6 Uhr, Vorstandssitzung im Volksfreund-Gebäude.

Frauenversammlung.

Die am Donnerstag, 29. Juli, in der Krone stattgehabene Generalversammlung der Frauenaktion hätte einen besseren Besuch erwarten lassen. Die Genossin Frau Landtagsabgeordnete hielt einen sehr eingehenden Vortrag über „Aufhebung der Zwangswirtschaft und Abbau der Preiserei“. Sie schilderte die Ursachen der Preissteigerungen und des Lebensmittelmangels und verurteilte scharf den Egoismus und die Profitgier gewisser Volksteile, denen die Not und der Hunger ihrer Mitmenschen gleichgültig ist, wenn sie nur ihre Taschen füllen können. Sie verlangt, daß die Markierung scharf aufzufasse, dem Wilde sei hier nicht am Platze. An der Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Herbst, Haas, Schneider und Bernauer, die alle mit Entrüstung Wortmeldungen zur Sprache brachten und Befestigung der Ursachen forderten. Die Wahl der Sektionsleitung ging glatt von statten. Da die Genossin Fischer wegen Arbeitsüberhäufung eine Wiederwahl ablehnte, wurde die Genossin Luise Müller als Vorsitzende gewählt.

Die Erwerbslosenfrage.

Wohl selten ist ein schwerwiegendes Problem von einem großen Teil der Bevölkerung so oberflächlich betrachtet worden, als das der Arbeitslosigkeit. Vertroffene Kräfte können in einer Zeit druck, in der jeder Arm zum reifen Schaffen für Deutschlands Wiederaufbau gebraucht wird.

Mancher sieht, weil er das Arbeitslosenproblem nur rein scheinbar betrachtet und sich nicht in dasselbe vertieft, in dem Verschleppungsstadium der nur den Paulen und sich entzieht, daß er mit seinen Steuergroschen, dem Teiertag seiner eigenen Arbeit, die Erwerbslosenunterstützung mit aufbringen muß. Der Arbeitslose dagegen, der nach Arbeit sucht, der durch seiner Hände Mühen seinen Lebensunterhalt selbst erwerben möchte, wird durch solche absprechende Beurteilung verbittert, fühlt sich ausgeschlossen abgedrängt und wird — nicht selten wider Willen — radikalisiert.

Nur wenige vermögen sich in die Seele des Erwerbslosen hineinzuversetzen. Was will er? Nichts weiter als Arbeit, die heutzutage angemessen bezahlt, ihm eine bestimmte Lebenshaltung ermöglicht, innere Befriedigung verleiht, ihn als vollwertiges, mitschaffendes Glied der Volksgemeinschaft gelten läßt. Verfällt er der Erwerbslosenfürsorge, so bedeutet das für ihn zunächst einen Absturz aus bisher innegehabten Verhältnissen. Die gezahlte Unterstützung ist erheblich geringer, als der bislang bezogene Arbeitsverdienst. Da sich mit gleicher Schnelligkeit laufende Verbindlichkeiten nicht lösen lassen (Wohnungsmiete, Versicherungen usw.), muß entweder Ersparnis (falls vorhanden) verbraucht oder Eigentum veräußert werden. Damit hält die nackte Armut Einzug, mit ihr Verbitterung und innere Hofflosigkeit.

Parisruhe zählt zurzeit 1154 Arbeitsuchende, davon erhalten 632 Erwerbslosenunterstützung, darunter 9 weibliche Personen. Jeder Tag kann aber weitere Arbeitslose bringen. Dazu kommen Tausende von Kurzarbeitern. Welche Not, welches Elend und damit welche Gefahren steigen auf, nachdem wir vorausschauen etwa noch — infolge des Malfats von Spa — mit einem kahlen, harten Winter, mit Brot- und Kartoffelknappheit, infolge der gemäßigten Erzeugerpreise, so muß klar werden, daß vom Neben endlich zum Handeln übergegangen werden muß. Es gilt, Arbeit zu schaffen. Dazu ist allein der Staat und die Kommune imstande. Gewiß ist die finanzielle Lage derselben auch eine mäßige, aber wenn der gute und feste Wille vorhanden ist, läßt sich manches machen. Rasches Handeln ist notwendig. Bögen und bürokratische Engstirnigkeit können unermeßliche Gefahren heraufbeschwören.

Der Arbeitslose will kein Almosen er will sich das zum Lebensunterhalt dringende Mäße mit eigener Kraft erwerben und will mitarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Dem Bad. Arbeitsministerium ist bereits vor längerer Zeit die Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose beantragt worden, jedoch ist die Genehmigung des Reichsarbeitsministeriums bisher noch nicht erfolgt. Der Stadtrat hat beschlossen, die erhöhten Sätze nunmehr mit Wirkung vom 15. Juli ds. J. an auszugeben, nachdem das Bad. Arbeitsministerium zugesichert hat, dafür Sorge zu tragen, daß der Stadt Karlsruhe die Staats- und Reichsbekanntgaben nicht entzogen werden, wie dies vom Reichsarbeitsministerium den Gemeinden bei einer solchen Maßnahme angedroht ist.

Aus der letzten Stadtratsitzung.

Ferienkolonien auf dem Seuberg. Die verschiedenen ungünstigen Gerüchte über die Unterernährung und Verpflegung der Kinder auf dem Seuberg haben dem Stadtrat Veranlassung gegeben, eine Kommission zu ernennen, bestehend aus der Stadträtin Fischer, den Stadträten Knib und Sawerbi und dem Stadt-Verwaltungsdirektor Rasch, um an Ort und Stelle die Verhältnisse zu untersuchen. Die Kommission hat über ihren Besuch Bericht erstattet. Daraus entnimmt der Stadtrat mit Befriedigung, daß die erwähnten Gerüchte unbegründet sind, daß vielmehr nicht nur die Gegenwart und die vorhandenen Bau- und sonstigen Einrichtungen mit den prächtigen ausgedehnten Spielplätzen sich für die Zwecke der Ferienkolonien ausgezeichnet eignen, sondern auch — von kleinen Anlässen abgesehen, auf deren Abstellung die Leitung gewissenhaft bedacht ist —, die Verpflegung und Wahrung der Kinder gut ist. Die von der Kommission im einzelnen gegebenen Anregungen werden mit einigen weiteren des Stadtrats dem Verwaltungsrat des Vereins Kindererholungsanstalt Seuberg e. V. zur Berücksichtigung mitgeteilt.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. Zur Förderung des Abbaues der Erwerbslosenfürsorge wird die Verwirklichung eines Gehweges in der Albferranlage längs des Albfers zwischen Eisenstraße und Albferranlage als Gemeindegrenze beschlossen. Der Aufwand beträgt 27.600 Mk.

Aufhebung des Fleischamts. Nach Aufhebung der Zwangsbeschaffung für Schlachtvieh und Fleisch bezieht der Stadtrat, nun auch das städt. Fleischamt anzubeden und die Abwicklungsangelegenheiten desselben dem Schlacht- und Viehhofamt zu übertragen.

Gemeinschaftstisch mit der Altbahn. Im Inzeraten-Teil befindet sich eine Bekanntmachung über die Neuregelung des Gemeinschaftstischs mit der Altbahn. Die Bewohner des Dororts Müppur werden diese Neuregelung mit gemischten Gefühlen aufnehmen.

Karlsruher Familienkassenkasse. Im Donnerstag abend fand im Saale des Restaurants zum „Elefanten“ eine außerordentliche Generalversammlung der Familienkassenkasse statt. Im Hinblick auf die bedeutend erhöhten Arzthonorare, die erhöhten Medikamentenkosten, sowie die erhöhten Verpflegungskosten in den Krankenhäusern und der Wäckerle, stand eine 60-80prozentige Beitragserhöhung zur Beschlusfassung. Der Vorsitzende, Herr W. Hof, gab einen eingehenden Überblick über den Stand der Kasse und die jetzige Situation. Sollte die Kasse weiter ihre bisherige segensreiche Tätigkeit im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung ausüben, müßten die Beiträge nach den Vorschlägen des Vorstandes erhöht werden. Den veränderten Verhältnissen entsprechend, schlug der Vorstand aber auch eine Erhöhung der Vergütung für Krankenhausbekleider, für Wäckerle, Bruchbänder, Binden, Wäckerle, Gebürtsstoffe usw. vor.

Der Geschäftsführer Herr S. Stang, erläuterte dann noch in eingehender Weise den finanziellen Stand der Kasse und betonte, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge das mindeste sei, was verlangt werden müsse, um die Einnahmen mit den gesteigerten Ausgaben in Einklang zu bringen. Dabei sei an eine etwaige Rücklage noch nicht gedacht.

In der Diskussion wies Herr Seeger auf die außerordentlich wichtige Wirkung der Kasse für die Mitglieder hin, und machte Vorschläge, wie auch die Mitglieder dazu beitragen könnten, die Kasse vor unnötigen Ausgaben zu schützen. Er stimmte der vorgeschlagenen Erhöhung der Beiträge zu und erbat die Anwesenden, den Anträgen des Vorstandes die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung über die Vorstandsarbeiten wurden dieselben einstimmig angenommen. Nach Abschluß des neuen Vertrags mit der ärztlichen Vertragskommission soll eine neue Versammlung einberufen werden zur Orientierung der Mitglieder. Des weiteren wurde der Wunsch ausgesprochen, an die Stadtverwaltung heranzutreten, um eine höhere Ermäßigung der Wäckerlepreise zu erhalten. Am 10 Uhr konnte die auf besuchte Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen werden.

Mannheim. Morgen Sonntag hält die hiesige Ortsgruppe des Arbeiteradfaderebundes „Solidarität“ im Casino zur „Friedrichstrasse“ ihre Gründungsfest ab. Punkt 2 Uhr in die Aufstellung zur Rundfahrt, woran sich um 3 Uhr das Gartenfest anschließt. Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.

